fertigen hat, daß er den von einem Großindustriellen gewünschten neuen Entwurf für Militärtaschentücher ohne Erlaubniß seiner Vorgesetzten angefertigt hat.

Frankfurt a. M. Der „Generalanzeiger" meldet mit Vorbehalt, die Verstaatlichung der hessischen Ludwigsbahn sei für den 1. April in Aussicht genommen.

Braunschweig. Staatsminister Dr. Otto eröffnete den Landtag mit einer Rede, welche zunächst in warmen Worten der Erinnerungsfeier der Neubegründung des Deutschen Reiches gedachte, dann hob der Minister die ungünstige Gestaltung der Finanzlage des Herzogthums hervor. Seit einer Reihe von Jahren fehlten zum ersten Male die nambaften Ueberschüsse früherer Finanzperioden. Es sei nothwendig, die laufenden Staatseinnahmen zu vermehren. Zu diesem Zwecke kündigte der Minister einen Gesetzentwurf an, welcher den Ersatz der Personalsteuern durch eine ausgiebigere Einkommensteuer in Verbindung mit einer Aenderung des Landtagswahlgesetzes vorschlägt.

Düsseldorf. Die Meldung eines sozialdemokratischen Blattes, der neuernannte Neußer Landrath v. Schorlemer-Alst sei zum Regierungspräsidenten von Düsseldorf in Aussicht genommen, wird dementirt.

Paris. Heute Vormittag stießen auf der Gürtelbahn in der Nähe des Bahnhofes Porte Maillot zwei Züge zusammen, wobei zwei Personen getödtet und vier verletzt wurden. — Die „Petite République" meldet, der Marineminister habe in Folge der Verstärkung des englischen Mittelmeergeschwaders dem Toulonder Seepräfekten befohlen, in der Stille entsprechende Maßregeln zu treffen. Das Reservegeschwader und die zur Verfügung gehaltenen Kriegsschiffe würden für eine mögliche Mobilmachung vorbereitet und mit Lebensmitteln versehen. Die Schiffe der zweiten Klasse müßten in die Verfassung gebracht werden, daß sie auf Telegramm des Ministers sofort ausgerüstet werden können. In den anderen Häfen ist eine Prüfung aller Torpedoboote angeordnet.

Rom. Gut unterrichtete Kreise glauben an die russisch-italienische Vereinbarung und bringen die englischen Rüstungen mit der afrikanischen Frage in Verbindung. Ein Diplomat erklärte, England lasse sich durch den alten Dreibund nicht imponiren, doch einen neuen nicht foppen.

Adabagamus. Weder von Galliano noch von Zelter ist bisher eine direkte Nachricht eingelaufen. Im Lager der Schoaner ging das Gerücht um, es sei Galliano gestattet worden, Wasser zu holen, ferner auch das Gerücht, es sei den Italienern freier Abzug aus Makalle nach Adabagamus zugestanden worden. Die Erlangung sicherer Nachrichten ist schwierig, da die Schoaner die Kundschafter grausam behandeln; diesen von ihnen schnitten sie die Hände ab. Ein Bote, der Galliano die Nachricht von seiner Befreiung überbringen wollte, wurde getödtet.

London. Da die Richter der Krone im englischen Gesetze eine auf Jameson's Fall anwendbare Gesetzstelle gefunden haben, soll eine Kommission von Richtern, ähnlich wie beim Parnellprozeß, einberufen werden, die den Fall untersucht und aburtheilt. Diese Kommission wird eine Subkommission ernennen, die zur Beweisaufnahme sich nach Südafrika an den Thatort begiebt.

Die Berliner Börse begann heute mit derselben Reserve, die ihr schon seit einiger Zeit charakteristisch ist. Auch die festen Tendenzberichte von den meisten auswärtigen Börsen, sowie die günstigen Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen und schlesischen Montangebiet vermochten zu Beginn nur wenig Einfluß zu gewinnen. Die Kurse der meisten leitenden Werthe setzten niedriger ein. Im weiteren Verlaufe trat eine ermäßigte Erholung ein, namentlich zeigte sich für Bankaktien und Eisenwerthe Kauflust. Für letztere fanden sehr erst die gestrigen Situationsberichte Beachtung. Für Kohlenwerthe wirkte die Nachricht anregend, daß in den letzten Tagen nach längerer Pause wieder größere Ladungen deutscher Kohle von Hamburg nach italienischen Häfen gebracht worden sind. Von Bankaktien setzten Kreditaktien, Kommanditantheile und Handelsantheile niedriger ein, erholten sich aber später, während Deutsche Bank und Darmstädter Bank von Anfang an fest lagen. Der Eisenbahnaktienmarkt lag ziemlich still. Ostpreußen mußten von der gestrigen Avance wieder einen Theil aufgeben, angeblich auf Nachlassen der Getreidebezüge. Die meisten schweizerischen Bahnen, sowie Franzosen waren leicht abgeschwächt. Montanaktien anfangs vernachlässigt, später besser beachtet und zwar Kohlen- wie Hüttenwerthe. Von fremden Renten begannen Mexikaner und Türkenloose schwächer, erholten sich aber bald. Heimische dreiprozentige Fonds gut behauptet. Der Schluß der Börse war fest. Ultimogeld ca. 1 ¼ Prozent. Privatdiskont 3 Prozent. — Der Getreidemarkt setzte schwach ein, erholte sich aber bald, so daß die Preise den gestrigen Schluß behaupten konnten. Weizen und Roggen blieben gut begehrt; Zufuhren sind klein, die ausländischen Waareninhaber halten auf Preis. Hafer besser beachtet. Spiritus angeboten und in Terminen schwächer, loco dagegen auf kleine Zufuhren behauptet. Wetter: schön. Südwestwind.

Frankfurt a. M. Schluß. Kredit [illegible] Diskonto [illegible] Dresdner Bank [illegible] Laurahütte [illegible] Ungar. Gold [illegible]

Paris. [illegible] Ottomanbank [illegible]

Paris. Produkten. [illegible]

Amsterdam. Produkten. Schluß. Weizen per März [illegible] per Mai [illegible] Roggen [illegible]

London. [illegible] Weizen [illegible] Wetter: [illegible]

Oertliches und Sächsisches.

— Im Laufe des gestrigen Vormittags nahm Se. Majestät der König die Vorträge der Herren Staatsminister im Residenzschlosse entgegen. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Johann Georg empfingen vorgestern Mittag um 12 Uhr im Palais Parkstraße den neuernannten Kaiserl. und Königl. Oesterr.-Ungar. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Königl. Hofe, Kämmerer Graf v. Lützow, in Audienz.

Dem 2. Lehrer der Forstwissenschaft an der Forstakademie Tharandt, Oberförster Groß, wurde Titel und Rang eines Professors, dem bisherigen Glöckner und Kalkanten an der Katharinenkirche in Zwickau, Wiesenhütter, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Die Zweite Kammer überwies in ihrer gestrigen Sitzung wider alles Erwarten ohne jede Debatte das Dekret Nr. 19, die Umgestaltung der Dresdner Bahnhöfe betreffend, an die Finanzdeputation B. — Nächste Sitzung Dienstag.

Unter den bei der Zweiten Kammer neuerdings eingegangenen Petitionen befinden sich wiederum 52 Stück, welche um Ausdehnung der Berechtigung zur Ausstellung von Krankenscheinen bei den Krankenkassen auf die Naturheilkunde bitten. Eine weitere Petition des eingebirgischen Steinkohlenaktienvereins Schedewitz und Genossen richtet sich auf Abänderung von § 1, Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes, die Versteuerung des Einkommens bei Aktiengesellschaften betr. Der Stadtgemeinderath zu Naunhof bittet um Errichtung eines Amtsgerichtes daselbst, der Kirchenvorstand und die städtischen Kollegien zu Auerbach um Wiedererrichtung der Ephorie Auerbach, der Stadtrath zu Schandau um Erbauung einer Fahrstraße von Schandau bis zur Landesgrenze bez. nach Herrnskretschen, Stadtrath Reißig in Lommatzsch um Erbauung einer Eisenbahn Wilsdruff-Lommatzsch-Oschatz, das Direktorium des landwirthschaftlichen Kreisvereins Leipzig um eine Bahnverbindung Pegau-Groitzsch-Kieritzsch und eine Eisenbahn von Bohlen über Rötha nach Ammelshain, die städtischen Kollegien in Dippoldiswalde um Erbauung einer Eisenbahn Niedersedlitz-Kreischa-Dippoldiswalde-Frauenstein-Landesgrenze. Gemeindevorstand Uhlig-Königswalde um eine Bahnverbindung nach Wiesenbad. Dr. med. Schlesinger in Dresden richtet seine Petition gegen den Entwurf eines Gesetzes über die örtlichen Bezirksvereine. Gemeindevorstand Kühn in Wachwitz und Genossen bitten um Herstellung der fiskalischen Straßen zwischen Loschwitz und Pillnitz, sowie die Anlegung einer Straßenbahn mit Motorbetrieb auf dieser Straße.

— Der konservative Verein begeht den Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers durch eine in den Sälen des Gewerbehauses am 27. Januar Abends 8 Uhr stattfindende Feier. Die Festrede wird Herr Gymnasial-Oberlehrer Dr. Giesing halten. Die Ausführung der Chorgesänge hat der „Dresdner Männergesangverein" unter Direktion des Königl. Musikdirektors Herrn Hugo Jüngst zugesagt, während den orchestralen Theil die Gewerbehaus-Kapelle unter Leitung des Königl. Musikdirektors Herrn A. Trenkler übernommen hat.

— Wie bereits erwähnt, hat sich der Rath zu Dresden neuerdings wiederum mit der schon viel erörterten Frage der Aufhebung der Jahrmärkte in Dresden beschäftigt. Herr Stadtrath Dr. Wecherlin hat über die Frage einen sehr eingehenden Bericht erstattet. Derselbe hat alle Gründe für Aufhebung und für Beibehaltung der Jahrmärkte in eingehender Weise angeführt und hat in Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände nicht zu der Ueberzeugung gelangen können, daß die Aufhebung der sämmtlichen Jahrmärkte in Dresden durch die gegenwärtigen Zeitverhältnisse geboten sei. Könne einerseits ohne weiteres zugegeben werden, daß für Dresden selbst die Jahrmärkte entbehrlich seien, so werde man sich doch andererseits der Ueberzeugung kaum verschließen können, daß die Provinz, daß ganze Landstriche und Industriezweige unseres engeren Vaterlandes ein begründetes und berechtigtes Interesse an Beibehaltung der Jahrmärkte hier haben. Aus diesem Grunde würde die Oberbehörde die Aufhebung sämmtlicher Jahrmärkte voraussichtlich nicht gestatten, wogegen sie zur Einziehung des entbehrlichsten der drei bestehenden Jahrmärkte, des Johannismarktes, ihre Zustimmung kaum versagen dürfte. Interessant besonders ist die dem Bericht eingefügte Uebersicht über die Frequenz der Jahrmärkte hier in Dresden von 1881 bis 1894. In den Jahren 1890 bis 1894 belief sich die Zahl der heimischen bezw. auswärtigen Fieranten auf 1455 und 5625, 1596 und 5667, 1786 und 5634, 1736 und 5428, 1677 und 5280. Die Gesammtzahl der Fieranten beläuft sich also in jedem Jahre auf über 7000.

— In der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung führte Herr Hofrath Dr. Osterloh den Vorsitz. Ein Antrag des Herrn St.-V. Prof. Naumann u. Gen., den Rath zu ersuchen, die Thurmuhr der Kreuzkirche während der Dunkelheit elektrisch erleuchten zu lassen, wurde mit einem vom St.-V. Plötner gestellten Zusatz, auch die Zifferblätter der Thurmuhr der Dreikönigskirche erleuchten zu lassen, gegen 3 Stimmen zum Beschluß erhoben. Herr Stadtrath Dr. Teichmann erklärte hierzu, daß der Antrag vom Rathe nach allen Richtungen hin werde beleuchtet werden. Die bisher gemachten Erfahrungen seien jedoch nicht günstig, da die Ziffern von Weitem verschwommen erscheinen und die Zeiger Schatten werfen, so daß für die Ferne die Beleuchtung nichts nützt. Auch würden sich die Anschaffungskosten auf über 3000 Mk., die Unterhaltungskosten auf etwa 1000 Mk. belaufen. St.-V. Hartwig I glaubte, daß der Antrag seinen Zweck nicht erreichen werde. Wir müßten uns dem Vorbild von Berlin anschließen und auf öffentlichen Plätzen öffentliche Uhren mit Normalzeit, die elektrisch regulirt werden, aufstellen. — Weiter hatte St.-V. Dietz betr. Verbesserung der Straßenbahnverbindung zwischen Strehlen und Altstadt verschiedene Wünsche zu einem Antrag zusammengefaßt. Der Vorort Strehlen habe bisher nur wenig Berücksichtigung gefunden, erst in der Person des Herrn Stadtrath Dr. Kretschmar sei ihm gewissermaßen ein Geburtshelfer erstanden. Mißstimmung herrsche besonders wegen der ungenügenden Pferdebahnverbindung. Schon daß die Wagen nur aller 15 Minuten fahren, sei ganz ungenügend. Er beantrage nun, der Rath möge bei der Direktion der Dresdner Straßenbahn dahin vorstellig werden, daß thunlichst bald sämmtliche fahrplanmäßigen Pferdebahnwagen Albertplatz-Großer Garten bis nach der Dorotheenstraße, mindestens aber bis zum Friedrich-August-Platze weitergeführt werden, die 15 Pfennig-Strecke Dorotheenstraße-Neumarkt bis nach dem Georgenthor verlängert und vom Georgplatz bis Friedrich-August-Platz eine Zehnpfennig-Theilstrecke eingeführt werde. St.-V. Hartwig I fügte einen Zusatz hinzu: den Rath zu ersuchen, für baldigste Fortführung der Strecke vom Böhmischen Bahnhof über den Bismarckplatz die Strehlener Straße entlang bis nach Strehlen Sorge tragen zu wollen. Es bezieht sich dies auf die Strecke Neustädter Bahnhof-Böhmischer Bahnhof der deutschen Straßenbahngesellschaft, welche jetzt etwa 100 Meter vor dem Haupteingange des Böhmischen Bahnhofes endigt. Herr Bürgermeister Leupold theilte mit, daß die Direktion der Dresdner Straßenbahn erklärt habe, der Verkehr nach Strehlen sei ein recht ungleichmäßiger. Zu Zeiten kämen Ueberfüllungen vor, während zu anderen Tageszeiten nur wenige Leute führen. Jetzt könne man nicht gut, wo die Einführung des elektrischen Betriebes vor der Thür stehe, noch neues Pferdematerial einstellen. Dann werde sicher Abhilfe kommen. Die Strecke Georgplatz bis Friedrich-August-Platz sei 3200 Meter lang, während man bisher 2000 Meter als Norm für Zehnpfennigstrecken betrachtet habe. Weiter bemerkt der Herr Bürgermeister, daß dieser Wunsch wohl oder übel auf das große Konto kommen werde, welches dann aufgeschlagen wird, wenn neue Linien in Frage kommen. Dr. Vogel hält es doch für wünschenswerth, die Gelegenheit zu vermehrtem Verkehr bald zu bieten, da erfahrungsgemäß der Verkehr sich hebe, wenn Gelegenheit dazu geboten wird. Herr Baumeister Hartwig habe mit seinem Antrage, den er gern unterstütze, in diesem Falle zugegeben, daß die Vermehrung des Vorortverkehrs im Interesse der Großstadt liege. Nach mehreren persönlichen Aeußerungen der letztgenannten Herren und dem Schlußwort des Referenten, welcher von der Annahme des Hartwig'schen Antrages die günstige Wirkung erwartet, daß dann die Dresdner Straßenbahn die erwünschte Zehnpfennigstrecke einrichten werde, weil ihr dann Konkurrenz drohe, werden beide Anträge einstimmig angenommen. — Auf einen Antrag des St.-V. Bierling, die Geschäftsordnung des Kollegiums dahin abzuändern, daß die Begutachtung der auf Pos. 50 des Haushaltplanes (unvorhergesehene und außerordentliche Ausgaben) verwiesenen Gegenstände in der Regel dem Finanzausschusse überwiesen werde, erstattete Herr Vicevorsteher Dr. Osterloh — der 2. Vicevorsteher Herr Dr. Stöckel übernahm inzwischen das Präsidium — im Namen des Vorstandes Bericht und empfahl, den Antrag Bierling abzulehnen und eine Aenderung der Geschäftsordnung nicht vorzunehmen. In der Debatte erwähnte Herr St.-V. Hartwig I, daß unsere städtischen Grundstücke noch ertragsfähiger gemacht werden könnten und auch aus der Benutzung der Anschlagsäulen eine beträchtliche Einnahme erzielt werden könne. Alles Das sei ein dankbares Feld für die Thätigkeit des Finanzausschusses. Nach weiteren Aeußerungen interner Natur der Stadtverordneten Bierling, Heckel und Kammsetzer wurde die Debatte geschlossen und das Gutachten des Vorstandes einstimmig angenommen. — Weiter wird auf Grund eines Antrages des St.-V. Hartwig I einstimmig beschlossen, den Finanzausschuß zu ersuchen, die Berichterstattung über den Rechenschaftsbericht unter einzelne Berichterstatter zu vertheilen und nicht mehr von einem einzigen vortragen zu lassen. — Man bewilligt weiter 1080 M. zur Einlegung von Gasrohr und Aufstellung von 7 Kandelabern in der Hertelstraße zwischen der Pfotenhauerstraße und der Straße 33, und 30,725 M. zur Beschaffung von Mobiliar für die Ausstellungshalle, für den Ausstellungs- und den Restaurationsbetrieb. St.-V. Winter I wundert sich darüber, daß man mit so geringen Forderungen auszukommen gedenkt, und St.-V. Hartwig I nennt es ein offenes Geheimniß, daß in dem Ausstellungsgarten zu wenig Sitzgelegenheit vorhanden sei, die Kommission für die Gartenbau-Ausstellung beabsichtige außerdem die Einrichtung eines Tunnelrestaurants, und er werde auf diese Angelegenheit zurückkommen. — Der 1. Dresdner Markthallenverein hat eine Eingabe wegen Ermäßigung des Standgeldes in der Markthalle auf dem Antonsplatze und wegen Abstellung einiger Uebelstände in derselben an den Rath gerichtet und dieser sich gegen die Ermäßigung des Standgeldes ausgesprochen, da es wesentlich billiger sei als in Leipzig und Berlin. Die Beseitigung des Zuges in der Markthalle sei Gegenstand fortgesetzter Erwägung und werde demnächst für Abhilfe gesorgt werden. Einstimmig wurde beschlossen, den Rath um schleunige Abstellung letzteren Uebelstandes zu ersuchen und im Uebrigen von dem Rückschreiben des Rathes Kenntniß zu nehmen. — Das Naturalisationsgesuch des Stud. jur. Baruther wurde für unbedenklich erklärt, die von Herrn Schlossermeister Rosenmüller dem Rathe erklärte Niederlegung seines Amtes als Armenpfleger aber gegen 2 Stimmen für unzulässig erachtet. Für die Begründung des Herrn Rosenmüller sprachen die St.-V. Wilsenbach, Plötner, Möller und Hartwig I und verwiesen darauf, daß er schon 15 Jahre lang Armenpfleger und vom Rath vernachlässigt worden sei insofern, als derselbe Rosenmüller's Beschwerde über einen städtischen Beamten ein zweites Mal nicht beantwortet habe. St.-V. Hartwig I gab auch dem Gefühle Ausdruck, daß man einen kleinen Mann härter behandle als einen hochstehenden, nach oben gut angeschriebenen Mann, womit er das Kollegium durchaus nicht haranguiren wollte. St.-V. Möller brachte den Antrag ein, das Gutachten des Rechtsausschusses abzulehnen, Rosenmüller aber im Interesse des Armenpflegerdienstes von seinem Amte zu entbinden. Dr. Stöckel meint, das gute Herz dürfe hier nicht mitsprechen, Rosenmüller habe die Wahl wieder angenommen und der Rechtsausschuß konnte zu keinem anderen Gutachten kommen. Es handle sich hier um einen Mann, der mit aller Energie darauf ausgehe, seinen Willen durchzuziehen, der sich an Mitglieder des Kollegiums wende und diese veranlasse, in einseitiger Weise seine Ansichten zu vertreten. Dr. Willich macht auch darauf aufmerksam, daß Rosenmüller gar nicht um Entlassung gebeten, sondern einfach sein Amt niedergelegt habe, weil er verschnupft sei über die Handlungsweise des Rathes. Prof. Lehmann warnt vor Annahme des Möller'schen Antrages. Wenigstens dürfe man das Ausschußgutachten auf keinen Fall ablehnen, denn sonst erkläre man für zulässig, daß Jemand ein Ehrenamt aus irgend welchem Grunde niederlege. Bürgermeister Leupold verwahrt sich gegen die Aeußerung des St.-V. Möller, daß Jemand vom Rathe beleidigt worden sei, und erklärt, über das Vorgehen gegen R. sich bei den betreffenden Rathsabtheilungen informiren zu wollen. Hierauf wurde Schluß der Debatte beschlossen, der Antrag Möller mit 37 gegen 21 Stimmen abgelehnt und das Ausschußgutachten gegen 2 Stimmen angenommen. — Endlich bewilligt man 675 Mk. zur versuchsweisen Einrichtung ununterbrochenen Heizbetriebes im Stadt-Irren- und Siechenhause während der Monate Januar bis März, die Begründung der Stelle eines Wohlfahrtspolizei-Kommissars mit 4500 Mk. Gehalt, sowie einer Marktmeisterstelle und die Einziehung von 4 Beamtenstellen beim Marktamte. Berichterstatter St.-V. Heinze. — Ein dringlicher Antrag des Dr. Ritter, „mit Rücksicht darauf, daß das stechende und grelle, nach unten gänzlich unbedeckte elektrische Licht des Saales auf die Dauer nicht erträglich und gesundheitsschädlich ist, alsbald beim Rathe wegen Aenderung und Abhilfe vorstellig zu werden", wurde dem Verwaltungsausschusse überwiesen. Antragsteller bemerkte hierbei, daß man in London für größere Säle bereits zu minderschädlichen Lichtarten zurückgekehrt sei. Dr. Ritter soll zu den Ausschußberathungen über diesen Gegenstand zugezogen werden. — An die öffentliche schloß sich eine geheime Sitzung.

— In genauer Uebereinstimmung mit den Ausführungen unseres Leitartikels vom Freitag schreibt die „Leipz. Ztg." zu den Verhandlungen im Reichstage über den Schutz der Bauhandwerker: „Der Antrag der Antisemiten, darüber waren wie im sächsischen Landtag auch im Reichstage alle anderen Parteien einig, schien unannehmbar; er würde die ganze Sicherheit unseres Hypothekenwesens gefährden. Solche Anträge sind wohl für die Agitation gut, aber nicht für den Gesetzgeber brauchbar, der sich der juristischen Tragweite seiner Vorschläge bewußt ist. Ist ja die Beseitigung der stillschweigenden und die Beschränkung der gesetzlichen Hypotheken einer der Hauptfortschritte des modernen Hypothekenrechts, der mehr als mancher andere zur Beseitigung früherer Rechtsunsicherheit beigetragen hat. Wollen unsere „Reformer" sich zu einer beachtenswerthen Reformpartei auswachsen, so werden sie sich daher vor Allem mit etwas mehr Kenntniß des Rechts und der Rechtsgeschichte ausrüsten müssen."

— Der wegen seiner mannigfachen patriotischen Unternehmungen wohlbekannte Vorsteher des Königl. Sächs. Militärvereins „Jäger und Schützen" in Dresden, Kaufmann Kamerad Alex. Riedel, hatte bereits 1883 in der Generalversammlung von Sachsens Militärvereins-Bund den Antrag eingebracht, innerhalb Sachsens einen kostenfreien Arbeitsnachweis für entlassene Reservisten und ehemalige Militärs einzurichten. Dieser Antrag wurde auf die 1894er Generalversammlung verwiesen. Der Antragsteller hatte die Statuten ausgearbeitet, welche von einer Kommission des Bundespräsidiums geprüft und mit wenigen Abänderungen angenommen worden waren. Dem Statut waren Ausführungsbestimmungen beigegeben. Trotzdem nun die Tendenz des Antrages und seine Tragweite in sozialpolitischer und patriotischer Beziehung nicht bestritten werden konnte, wurde der Antrag von Bundeswegen abgelehnt, weil die Bundesgeneralversammlung die Kosten der Einrichtung der Bundeskasse nicht zuweisen zu können glaubte. Indessen brachte der Bezirk Leipzig, welcher den Werth dieser geplanten Einrichtung voll erkannte und mit aller Kraft für dieselbe beim Bunde eingetreten war, die Riedel'sche Idee in seinen Grenzen zur praktischen Ausführung und mit welchem Erfolg! Aus jedem Bericht geht hervor, wie segensreich dieser Arbeitsnachweis dort schon gewirkt, welch' schöne Resultate er gezeitigt! In der Zwischenzeit haben auch die K. S. Militärvereine der Amtshauptmannschaften Döbeln und Grimma den Arbeitsnachweis eingeführt und mit gleich gutem Erfolg! Mehr und mehr Bezirke werden folgen, denn das wahrhaft Gute bricht sich immer Bahn. Auch der Bezirk Dresden ist nun mit den Vorarbeiten fertig und tritt jetzt mit seinem Arbeitsnachweis für ehemalige Militärs auf den Plan. Er wendet sich mit einem Rundschreiben an alle Arbeitgeber, dieselben bittend, ihm jede frei werdende Stelle zu melden, damit er passende Leute — nur gediente Militärs mit guter Führung — zur Besetzung der Stelle empfehlen könne. Es ist für die Stadt Dresden eine Meldestelle auf der Landhausstraße 5 im „Mizzibräu", hinteres Zimmer (Besitzer Kamerad Riedel) eingerichtet worden, welche an Wochentagen von Nachmittags 6 bis 8 Uhr geöffnet ist und wohin alle schriftlichen und mündlichen Offerten zu richten sind. Außer dieser Zeit ist Kamerad A. Riedel Rosenstraße 94, 2. Etg. (Telephon 146) zur Auskunftsertheilung gern bereit. Möge diese patriotische Unternehmung auch hier wie anderwärts die verdiente Unterstützung aller gutgesinnten Kreise finden!

— Da die neue elektrische Oberleitung der deutschen Straßenbahn nach Striesen-Blasewitz durch die Grunaerstraße seit vorgestern als fertiggestellt gemeldet wurde, veranstaltete gestern früh 8 Uhr Herr Direktor Stößner in Begleitung einiger Herren eine Probefahrt mit einem der neuen eleganten Motorwagen auf einer Theilstrecke dieser Linie. Man fuhr von der Kraftstation in der Hertelstraße mit der disponiblen Kraft der ersten Linie, durch die Pfotenhauer-, Ziegel-, Cranachstraße, Holbeinplatz, Kaulbach-, Grunaer-, Canaletto-, Nicolaistraße, Fürstenplatz, Fürsten-, Dürer-, Wartburg-, Tittmann-, Augsburgerstraße, Barbarossaplatz, Hüttener und Striesener Straße nach Blasewitz hin und zurück in dreiviertel Stunde ohne die geringste Störung.

— Dieser Tage sind zwei in der Ernst Teichert'schen Ofen- und Porzellanfabrik in Cölln a. d. E. als Vorarbeiter beschäftigte Personen wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an einer Fabrikarbeiterin, verhaftet worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. In zwei bemerkenswerthen Artikeln warnen die „Hamb. Nachr." vor einer Ueberspannung der deutschen Kolonialpolitik. Zuerst heißt es bei Erwähnung der Rede des Herrn v. Bennigsen bei der Feier des 18. Januar und dessen Wunsch, daß die Persönlichkeit Bismarck's in der deutschen Politik fortwirken möge Jahrhunderte lang: „Im Interesse von Reich und Volk ist zu wünschen, daß sich letztere Annahme des Herrn v. Bennigsen stets bewahrheite. Deutschland wird dann sowohl vor Schwäche nach innen oder außen wie vor der Gefahr bewahrt bleiben, die Fürst Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 schilderte, indem er äußerte, daß jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik anderer Länder zu drücken und einzuwirken suche, außerhalb des Gebietes verkliüre, das Gott ihr angewiesen habe, Macht- und nicht Interessenpolitik treibe und auf Prestige hin wirthschafte. Man kann verschiedener Ansicht darüber sein, ob es richtig ist, wenn außerhalb der amtlichen Reichspolitik oder durch die Presse deutsche Parteinahme für Ereignisse eintritt, die unser Interesse nicht direkt berühren; jedenfalls ist es in der Situation unseres Landes und der Besonderheit seiner Interessen begründet, daß es bei uns noch mehr als in jedem anderen Staate vermieden wird, eine solche Parteinahme in der amtlichen Politik zum Ausdruck gelangen zu lassen und früher Stellung zu nehmen, als dies nach den eigenen Interessen des Reiches erforderlich erscheint. Jedenfalls sind wir der Ansicht, daß, wenn der Wunsch des Herrn v. Bennigsen sich erfüllen und der Bismarck'sche Geist die politischen Entschließungen unserer Nation leiten und beeinflussen soll, dies ein großes Maß von Enthaltsamkeit gegenüber dem Antriebe voraussetzt, in auswärtigen Unternehmungen, auch wenn sie deutsche Interessen nicht direkt berühren, Partei zu ergreifen." In dem zweiten Artikel wird den Bestrebungen entgegengetreten, die die deutsche Marine im Widerspruch mit den natürlichen Entwickelungsbedingungen Deutschlands ergreifen wolle. Der Hauch staatsmännischer Weisheit, der aus jenen Ausführungen weht, wird hoffentlich nicht eindruckslos verschwinden. Ziellose Begeisterung verträgt sich nicht mit einer weitausschauenden Realpolitik. Es gewinnt aber allmählich doch den Anschein, als verlören manche Kreise das scharfe Verständniß für die Umgrenzung der Aufgaben, die dem Deutschen Reiche im Staate der Völker gesteckt sind.

Die Aussöhnung zwischen dem Kaiser und dem Prinzen Friedrich Leopold hat, wie aus einer dem Hofe nahestehenden Quelle verlautet, der Großherzog von Baden vermittelt, der auch schon in früheren Jahren als Friedensstifter gewirkt hat, wenn es sich um Differenzen zwischen hochstehenden Personen gehandelt hat.

Der Vicepräsident des Reichstags, Spahn, soll als Kammergerichtsrath an das Kammergericht versetzt worden sein.

Die römische „Agenzia Stefani" meldet, daß Kaiser Wilhelm dem Oberstleutnant Galliano den Kronenorden zweiter Klasse mit Schwertern verliehen und die italienischen Offiziere und Soldaten beglückwünscht habe zu der bei der Vertheidigung Makalle's bewiesenen Tapferkeit, welche die Erinnerung an den Heroismus der Römer wachrufe.

Zur Weltlage macht die „Köln. Ztg." folgende Bemerkungen, die gar nichts Neues bieten, aber mit Rücksicht auf die Beziehungen des Blattes recht bedeutsam erscheinen: „Wir haben keine Neigung, die Wandlung des französischen Geistes zu überschätzen, den liebenswürdigen und ritterlichen Aeußerungen einer impulsiven Nation eine zu weittragende Bedeutung beizulegen und auf das Nachlassen des französischen Revanchegefühls voreilig einen Wechsel auszustellen. Aber der